

KURZ UND PRÄGNANT

Praxisgebühr abschaffen

„Kein Kurswechsel bei der Praxisgebühr bedeutet, dass es bei einer Zwei-Klassen-Medizin für die Patienten bleibt“, so MdL Jörg Kubitzki. „Es ist eine Schande, dass vor allem die sozial Schwachen und die chronisch Kranken weiter zur Kasse gebeten werden, obwohl der Gesundheitsfonds 2011 einen Überschuss von 5,3 Milliarden Euro hat. Die Praxisgebühr ist überflüssig, geht nur zu Lasten der Patienten und bedeutet nutzlosen Verwaltungsaufwand.“ Der Gesundheitspolitiker der Linksfraktion fordert auch die Abschaffung sämtlicher Zuzahlungen. Langfristig muss für eine gerechte und stabile Finanzierung der gesetzlichen Krankenkassen eine solidarische Bürgerversicherung eingeführt werden. ■

Soziales Mietrecht

Zum SPD-Antrag im Bundestag, bezahlbare Mieten auch nach Modernisierungsmaßnahmen zu gewährleisten, erklärte MdL Heidrun Sedlacik: „Es ist zu begrüßen, wenn nun auch die SPD erkennt, dass das Mietrecht nicht weiter zu Lasten der Mieter verschärft werden darf. DIE LINKE will eine gerechte und sozial ausgewogene Verteilung der Kosten der energetischen Sanierung.“ Dafür hatte sie im Bundestag im Jahr 2011 einen Antrag „Mietrecht sozial gerecht weiterentwickeln“ eingebracht. Aus Sicht der LINKEN darf die Höhe der Wohnkosten für angemessenen Wohnraum höchstens 30 Prozent des Nettoeinkommens eines durchschnittlichen Mieterhaushaltes betragen. ■

Fracking verbieten

Mit Skepsis hat MdL Tilo Kummer den „wundersamen Sinneswandel des Thüringer Umweltministers“ in Sachen „Fracking“ zur Kenntnis genommen. Wenn es nicht die eigentliche Absicht von Reinholz sei, die Menschen täuschen zu wollen, dann wäre es nur konsequent, wenn er sich für eine Bundesratsinitiative zum Fracking-Verbot stark mache. Der LINKE Abgeordnete bezieht sich auf die Ankündigung von Jürgen Reinholz, jetzt Genehmigungen zum Aufsuchen von unkonventionellem Erdgas in Thüringen so lange auf Eis legen zu wollen, bis durch Studien die Unbedenklichkeit für Böden und Gewässer erwiesen sei. Eine Verbotsinitiative der Bundestagsfraktion der LINKEN war gescheitert. Die Landtagsfraktion bekräftigt ihre Haltung, dass Thüringen nicht zum Experimentierfeld fragwürdiger Erkundungsverfahren werden dürfe. ■

Geheimdienste für Bildungsarbeit obsolet

Antrag der Linksfraktion: Keine Veranstaltungen des Verfassungsschutzes an Schulen

Am 8. Mai wurde die Wanderausstellung „Feinde der Demokratie“ des Thüringer Landesamtes für den Verfassungsschutz im Bildungszentrum der Steuerverwaltung eröffnet. Martina Renner, innenpolitische Sprecherin der

der Bekämpfung rechtsextremer Einstellungen und Strukturen sowie ein Versagen bei der Verhinderung der NSU-Verbrechen“, sagt die LINKE-Politikerin.

Als äußerst geschmacklos bezeich-

stet fand, könne nur als Reaktion auf die jüngsten Proteste in einer Erfurter Schule gewertet werden. „Offensichtlich will sich das Landesamt einer solchen öffentlichen Kritik entziehen, wenn die Ausstellung bereits bei der zweiten Veranstaltung hinter verschlossenen Türen eröffnet werden soll“, so Martina Renner.

Die LINKE unterstützt den Aufruf zahlreicher Wissenschaftler, Pädagogen und Bildungsträger, die bereits im Jahr 2010 ein Ende der Bildungsarbeit durch Geheimdienste gefordert haben, und hat dazu einen Antrag in den Landtag eingebracht. Ziel ist es, dass künftig keine Veranstaltungen des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz oder anderer Geheimdienste an den Schulen mehr zugelassen werden. Der Antrag wird im Landtag Ende Mai beraten.

Katharina König, Abgeordnete der LINKEN, hatte mit Blick auf die im Thüringer Landtag anstehende Debatte des Antrags der Grünen zu Verfassungsschutz in Schulen ebenfalls auf den Antrag der Linksfraktion verwiesen: Während die Grünen Auftritte des Verfassungsschutzes in Schulen am Beutelsbacher Konsens ausrichten wollen, geht es der LINKEN um ein konsequentes Vorgehen, das sich aus der „grundsätzlichen weltanschaulichen und politischen Neutralität, die den Schulen aufgegeben ist, ergibt“.

Verstoß auch gegen UN-Kinderrechtskonvention

Selbst Abgeordneten sei es nur im Ausnahmefall erlaubt, an Schulen aufzutreten, obwohl es hier „tatsächlich um Aspekte der politischen Bildung geht“, was beim Verfassungsschutz, aber auch bei der Bundeswehr, welche an Schulen Werbe- und Informationsveranstaltungen durchführt, nicht der Fall sei, so die jugendpolitische Sprecherin der Linksfraktion.

So wehrten sich in Erfurt beispielsweise Schülerinnen und Schüler gegen die Ausstellung des Landesamtes für Verfassungsschutz zum Thema „Feinde der Demokratie“. Der Kinderrechtsorganisation terre des hommes zufolge verstößt Werbung für Militär und Kriegeinsätze unter Minderjährigen – selbst Elfjährige werden hier schon einbezogen – gegen die UN-Kinderrechts-Konvention, die Deutschland unterschrieben hat.

Der Antrag der LINKEN will solche Auftritte von Verfassungsschutzmitarbeitern und Bundeswehrangehörigen an Schulen ausschließen. „Als verdeckt operierender Geheimdienst ist der Verfassungsschutz für Bildungszwecke per se ungeeignet“, so Katharina König. Eltern haben das Recht, die Teilnahme ihrer Kinder an solchen Terminen, wie Werbeveranstaltungen der Bundeswehr, zu verweigern. ■



Es waren vor allem auch in Bürgerbündnissen gegen Rechtsextremismus engagierte junge Leute, die im Dezember vor dem Thüringer Landtag die Abschaffung des Landesamtes für den Verfassungsschutz gefordert hatten.

Linksfraktion, hatte dies im Vorfeld scharf kritisiert: „Geheim arbeitende und nicht zu kontrollierende Dienste sind nicht geeignet, politische und demokratische Bildung anzubieten.“

Als besonders unglaublich bezeichnete sie die Einordnung der Ausstellung des Inlandsgeheimdienstes in das Landesprogramm für Demokratie, Weltoffenheit und Toleranz. „Das Landesprogramm soll die Zivilgesellschaft stärken, anstatt den Ansehensverlust einer Behörde zu kompensieren. Das Thüringer Landesamt für den Verfassungsschutz kennzeichnen ein hohes Maß an struktureller Unfähigkeit bei

nete es die Abgeordnete, die auch Mitglied des Thüringer Untersuchungsausschusses ist, dass der Verfassungsschutz in der Ausstellung das von den drei Neonazi-Mördern erstellte und in Umlauf gebrachte, den Strafbestand der Volksverhetzung erfüllende, Spiel „Pogromly“ ausstellt. Mit den Einnahmen daraus wollten Mundlos, Bönnhardt und Zschäpe ihre Verbrechen finanzieren. Dies gelang insofern auch, weil der Thüringer Nachrichtendienst über einen V-Mann einige Spiele ankaupte.

Dass die Eröffnungsveranstaltung unter Ausschluss der Öffentlichkeit

„Nach dem Stück bleiben bohrende Fragen“

Der alltägliche Kampf um Würde und Teilhabe von Flüchtlingen und Migranten in der Bundesrepublik ist Teil eines besonderen Projektes des Jenaer Theaterhauses. Das Stück „My heart will go on“ beschreibt Lebenssituationen von Flüchtlingen, „wie sie mitten unter uns leben, und doch unsichtbar, in unmenschlichen Lagern zusammengepfercht, im Schwebezustand zwischen Kultur und Identität“.

Sabine Berninger hat gemeinsam mit Bodo Ramelow das Stück am 11. Mai angesehen. Der LINKE-Fraktionschef schrieb dazu in seinem online-Tagebuch vor dem Hintergrund der Gedenkveranstaltungen und des beschworenen entschiedenen Eintretens gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit: „Wir erfahren sehr viel über die alltäglichen Schikanen, denen die Menschen, die in unser Land kommen, ausgesetzt sind. Beim Zuschauen denke ich, dass das ‚Nie wieder‘ eigentlich auch beinhaltet, die Menschenwürde als höchstes Gut zu achten und zu schützen. Nie wieder



zulassen, dass bei uns und unter uns Menschen gedemütigt werden – egal ob wegen ihrer Herkunft, ihres Geschlechts, ihrer Religion oder was auch immer. Nach dem Stück bleiben bei mir bohrende Fragen.“ Und Sabine Berninger unterstrich, wie wichtig „solche Einblicke in die Lebenswirklichkeit von Flüchtlingen sind“. Die Abgeordnete hatte vor einigen Wochen parteiübergreifend für einen Theaterbesuch geworben und Vertretern der Landtagsfraktionen, dem Innenminister und seinem Staatssekretär Freikarten zukommen lassen. Leider hat nur die Grünen-Fraktion auf die Einladung reagiert. ■